

215 Sacha Zala (Bearb.): *Diplomatische Dokumente der Schweiz*. Band 23: 1. 1. 1964 - 31. 12. 1966. 499 S., Chronos, Zürich 2011, 156,- €.

Die Aktenedition *Diplomatische Dokumente der Schweiz* hat sich die Publikation wichtiger Quellen der helvetischen Außenpolitik zwischen 1945 und 1989 zum Ziel gesetzt, wobei die Druckfassung durch Verweise auf weitere Dokumente in der Internetdatenbank Dodis (www.dodis.ch) ergänzt wird. Der Band 23 umfaßt die Jahre 1964-1966. Wie der Leiter der Forschungsgruppe, Sacha Zala, in der Einleitung hervorhebt, gab es aufgrund des Neutralitätsdiskurses im Kalten Krieg eine „starke Kontinuität der Grundzüge der Außenpolitik“ (S. XXXI). Die Schweiz hielt ihre distanzierte Haltung zu den Vereinten Nationen (VN) und zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) bei. In einem Gespräch mit VN-Generalsekretär U Thant am 30. August 1964 erklärte der Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departements (EPD), Außenminister Friedrich Traugott Wahlen, für den Beitritt seines Landes gäbe es in einer obligatorischen Volksabstimmung keine Mehrheit. Die ablehnende Haltung sah er auch in den negativen „Erfahrungen mit dem Völkerbund“ (S. 92) begründet. Überlegungen hinsichtlich einer Annäherung an die EWG erteilte Wahlens Nachfolger Willy Spühler in einer Rede auf der Tagung der *European Free Trade Association (EFTA)* am 27. Oktober 1966 mit Verweis auf die Schweizer Neutralität eine Absage. Die Eidgenossenschaft verfolgte weiterhin eine zurückhaltende Außenpolitik. Reisen von Bundesräten ins Ausland sollten auf ein Minimum beschränkt bleiben, wie es in einer Aufzeichnung des EPD hieß: „Bleiben wir also bei unserer diskreten und seriösen Diplomatie, und diese eignet sich nicht für spektakuläre Besuchsreisen“ (S. 382). Breiten Raum in der Edition nimmt das Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland, mit der Bern seit 1952 diplomatische Beziehungen unterhielt, und zur nichtanerkannten DDR ein. So riet das EPD dem Direktor der Zentrale für schweizerische Handelsförderung zu Vorsicht bei Kontakten mit DDR-Vertretern: „Die ostdeutschen Behörden versuchen immer wieder mit allen Mitteln, einer de facto Anerkennung ihres Staates durch die Schweiz näher zu kommen“ (S. 181). In gleichem Sinne wurde in einem Rundschreiben der Berner Zentrale den Schweizer Diplomaten im Ausland „[b]esondere Zurückhaltung [...] gegenüber den Vertretern der DDR“ (S. 179) empfohlen. Umgekehrt hieß es in einer Notiz des EPD, die Schweiz lehne das inoffizielle Ersuchen der bundesdeutschen Botschaft in Bern auf Änderung der Eigentumsbezeichnung des Botschaftsgeländes von *Deutsches Reich* in *Bundesrepublik Deutschland* im Grundbuch ab, weil „die Bundesrepublik von der Schweiz nicht als Gesamtnachfolger des Deutschen Reiches anerkannt wird“ (S. 277). Weitere Dokumente behandeln unter anderem die Entwicklungspolitik und das Migrationsabkommen mit Italien von 1964, so daß ein facettenreiches Gesamtbild der neutralen, aber mit der Staatenwelt eng verbundenen Schweiz entsteht.

Philip Rosin